

den Markt einzunehmen. Diese Karteile und Trübs sind wichtig genug, daß wir sie bei Gelegenheit in einem besonderen Artikel behandeln.

Aus diesen wenigen Zeilen geht hervor, daß sich alle diejenigen im Irrtum befinden, welche glauben, daß durch den Krieg eine Aenderung in der kapitalistischen oder wirtschaftlichen Entwicklung eintreten würde. Die gegenwärtige Periode kann im Gegenteil als das hochkapitalistische Zeitalter angesprochen werden. Für uns als Gewerkschaftler erwacht daraus die Pflicht, die Situation klar zu erkennen und der Neubelebung des Kapitalismus in Form einer starken Gewerkschaftsbewegung einen Faktor gegenüberzustellen, welcher der heutigen Gesellschaft auch würdig ist.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1921.

Nach einem im August erschienenen Vorbericht, der die wesentlichen Angaben über den Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1921 enthielt, wird nunmehr in einer Beilage zum Korrespondenzblatt Nr. 41 eine zahlenmäßige Gesamtübersicht über die Gewerkschaften der Handarbeiter im Jahre 1921 gegeben. Diese Veröffentlichung enthält Angaben über die Mitgliederbestände und der Kasseneinbarung der dem ADGB angehörenden Zentralverbände im einzelnen und nachweise über den Bestand der sonstigen Organisationsgruppen.

Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund waren im Jahre 1921 49 Zentralverbände zusammengeschlossen, die zusammen 29 720 Zweigvereine hatten. Die gesamte Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 7 751 957 gegen 8 032 057 am Ende 1920. Der Verlust von 280 110 Mitgliedern ist auf das Auscheiden des Verbandes der Angestellten aus dem ADGB zurückzuführen. Dieser Verband zählte am Schlusse des dritten Quartals, dem Zeitpunkt seines Auscheidens, 812 950 Mitglieder. Sein Austritt erfolgte auf Grund eines zwischen dem ADGB und dem IFA-Bund getroffenen Uebereinkommens anlässlich des zwischen beiden Spitzenorganisationen abgeschlossenen Organisationsvertrages. Scheidet man bei einem Vergleich der Mitgliederzahlen den Angestelltenverband, der am Schlusse des Jahres 1920 368 521 Mitglieder zählte, völlig aus, so ist festzustellen, daß von den übrigen Zentralverbänden (außer dem Verbande der Berufsfeuerwehrmänner, der im Laufe des Berichtsjahres dem ADGB beitrug) 19 einen Verlust von zusammen 244 152 Mitgliedern erlitten, während 29 dagegen eine Zunahme um 318 437 Mitglieder verzeichnen. Das Endergebnis wäre demnach ein Gewinn von 74 285 Mitgliedern. Diese Feststellung zeigt, daß nach dem gewaltigen Aufschwung, den der ADGB genommen, von 1920 auf 1921 ein weiterer Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung, wenn auch in bescheidenen Grenzen, erfolgte; zum mindesten aber der starke Mitgliederzuwachs nach Ausbruch der Revolution behauptet und gefestigt werden konnte.

Im Jahresdurchschnitt zählte der ADGB 7 567 978 Mitglieder, darunter 5 896 412 männliche, 1 518 341 weibliche und 153 225 jugendliche. Die Zählung der Jugendlichen wurde erstmals vorgenommen und ihre Zahl kann noch nicht als vollständig angesehen werden. Gegen das Vorjahr verminderte sich durch das Auscheiden des Verbandes der Angestellten die Gesamtzahl der Mitglieder um 322 124, und die der männlichen allein um 129 704; die Zahl der weiblichen Mitglieder ging um 192 420 zurück, und zwar ist bei den letzteren der Verlust noch um 16 553 stärker, infolge des Auscheidens des Angestelltenverbandes mit seinem erheblichen weiblichen Mitgliederbestande. Bei neun Verbänden überwiegt die Zahl der weiblichen Mitglieder die der männlichen; es sind das die Verbände der Bekleidungsarbeiter (57,6 v. H.), Buchbinder (70,1), Chorjänger (59,0), Graphische Hilfsarbeiter (53,1), Hausangestellte (97,9), Putzmacher (66,9), Rüstler (50,8), Tabakarbeiter (78,8) und Textilarbeiter (65,1). Von den 49 dem ADGB angehörenden Zentralverbänden hatten 10 bis 10 000, 11 über 10 000 bis 25 000, 5 über 25 000 bis 50 000, 11 über 50 000 bis 100 000 und 12 über 100 000 Mitglieder im Jahresdurchschnitt. Zu der letztangeführten Größenklasse gehören die Verbände der Metallarbeiter (1 565 885), Fabrikarbeiter (653 204), Landarbeiter (636 414), Textilarbeiter (536 964), Transportarbeiter (571 080), Bauarbeiter (470 255), Bergarbeiter (459 270), Eisenbahner (450 508), Holzarbeiter (375 190), Gemeindefarbeiter (291 776), Bekleidungsarbeiter (133 688) und Tabakarbeiter (122 719). Die eingeklammerten Zahlen geben die

Mitgliederstärke der Verbände an. Die ausgeführten Verbände zählten 1921 zusammen 6 313 898 Mitglieder, gleich 83,4 v. H. des Gesamtbestandes.

Das Bestreben, die Beitragsätze den Stundenlöhnen anzupassen, hat sichtbare Fortschritte gemacht. Diese Methode trägt am besten der Geldentwertung Rechnung durch die automatische Anpassung der Höhe der Beiträge an das Einkommen des Mitgliedes. Auf jedes Mitglied entfiel 1921 von der Beitragsentnahme im Durchschnitt 156,46 M. gegen 99,17 M. im Vorjahre. An Beiträgen wurden 1921 im ganzen 1 184 112 233 M. vereinnahmt. Die Gesamteinnahme belief sich auf 1 249 248 347 M., sie ist um 502 133 908 Mark höher als im Vorjahre. Die Gesamtausgabe betrug 904 371 573 M., sie ist gegen 1920 um 360 556 958 M. gewachsen. Am Schlusse des Jahres war ein Vermögensbestand von 508 676 066 Mark vorhanden, ohne die Bestände der Landarbeiter, Maschinisten und Metallarbeiter, die keine Angaben darüber machten. Für Unterstützungen wurden ausgegeben 165 131 144 M. gegen 101 867 316 M. im Vorjahre. Darunter sind die hervorragendsten Posten 68 317 763 M. (1920 53 555 538 M.) für Arbeitslosen- und 71 615 542 M. (35 474 205 M.) für Krankenunterstützung. Für die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe, Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, Streiks und Aussperrungen wurde einschließlich der Streik- und Gemäßigtenunterstützung die gewaltige Summe von 257 650 009 M. verausgabt. 1920 beliefen sich diese Kosten auf 111 672 803 M. Es hat demnach eine Steigerung dieser Ausgaben um 145 977 206 M. stattgefunden. Es wurden weiter verausgabt für Bildungszwecke 71 870 503 M., für Agitation, Konferenzen, Verbandstage, Beiträge an Ortsämter und Sekretariate usw. 125 367 794 M. Die Verwaltungskosten der Hauptverbände beliefen sich zusammen auf 42 826 289 M. und die der Gau-, Bezirks- und Ortsverbände auf 231 525 730 M.

Von den sonstigen Gewerkschaftsgruppen der Handarbeiter kommen nur in Betracht die deutschen Gewerkschaften (Eisenbahner) und die christlichen Gewerkschaften. Beide Organisationsrichtungen veröffentlichen in ihren Zentralorganen auch alljährlich zahlenmäßige Berichte über ihren Stand. Zu den deutschen Gewerkschaften zählten 1921 16 Organisationen, die zusammen 1828 Ortsvereine hatten und 14 selbständige Ortsvereine. Die Gesamtmitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 224 597, davon 23 375 weibliche. Gegen das Vorjahr ist eine Abnahme von 1401 Mitglieder eingetreten, davon kommen 840 auf die Organisation der Eisenbahner, die aus dieser Gruppe ausgeschieden ist. Angaben über die Klassenverhältnisse liegen nur von 12 Organisationen vor. Die Gesamteinnahme belief sich auf 23 207 566 M. und die Gesamtausgabe auf 18 588 258 M. Unter diesen Summen befinden sich auch die Einnahmen und Ausgaben der Kranken- und Begräbniskassen, die selbständige Einrichtungen mit eigenen Beiträgen darstellen. An Unterstützungen wurden geleistet von den Gewerkschaften 1 191 720 M. und von den besonderen Kasseneinrichtungen 1 841 107 M. Die Ausgabe für Streik- und Gemäßigtenunterstützung betrug 4 475 232 M. und die für Zeitungen und sonstige Bildungszwecke 1 370 637 M. Das Vermögen der Gewerkschaften belief sich am Jahreschlusse auf 8 641 176 M.

Dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften waren 1921 19 Verbände, die zusammen 8587 Ortsgruppen zählten, angegeschlossen. Im Durchschnitt des Jahres waren im ganzen 986 348 Mitglieder, darunter 232 250 weibliche vorhanden. Es ist gegen das Vorjahr ein Verlust von 90 449 Mitgliedern eingetreten, der jedoch dem Auscheiden von sechs Staatsarbeiter- und Staatsangestelltenorganisationen zuzuschreiben ist. Diese waren im Vorjahr im Gesamtverband mit 172 475 Mitgliedern vertreten. Von den angegliederten Verbänden haben fünf über 100 000 Mitglieder, und zwar zählen die Verbände der Metallarbeiter 227 516, Bergarbeiter 169 751, Textilarbeiter 117 940, Fabrikarbeiter 108 189, Landarbeiter 103 722 Mitglieder. Bei den übrigen Verbänden bewegen sich die Mitgliederzahlen zwischen 2974 (Buchdrucker) und 49 308 (Wasserarbeiter).

Es wurden 1921 im ganzen 145 393 595 M. vereinnahmt, davon floßen 135 001 178 M. aus Beiträgen. Die Gesamtausgabe betrug 100 622 641 M. Der Vermögensbestand belief sich am Schlusse des Jahres auf 83 659 646 M. Im einzelnen wurden verausgabt für Arbeitslosen- und Heilungsmittel 2 684 960 M., Krankengeld 8 551 012 M., Sterbegeld 599 653 M., Rechtsschutz 2 787 459 M. und für sonstige Unterstützungen 412 451 M., im ganzen für Unterstützungen und Rechtsschutz 15 035 535 M. Die Ausgaben für Tarif-

bewegungen, Streiks und Gemäßigtenunterstützung betrugen 19 816 233 M. und die für Verbandsorgane und Bildungsarbeit 10 158 627 M. Die Beiträge an den Gesamtverband machten 959 025 M. aus, und die sonstigen Ausgaben beliefen sich auf 4 031 145 M. Die Verwaltung verursachte 50 622 034 M. Kosten.

Vergleicht man die hier behandelten drei Gewerkschaftsgruppen miteinander, so tritt die bedeutende Ueberlegenheit des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die beiden anderen Richtungen besonders hervor. Seine Mitgliederstärke verleiht ihm in der Vertretung der Arbeiterinteressen im Wirtschaftseben eine ausschlaggebende Bedeutung. In den drei Gruppen waren 1921 im ganzen 9 192 892 Mitglieder vereinigt. Davon kommen auf den ADGB allein 7 567 978. Von je 100 der Gesamtzahl zählen zu ihm 86,2, zu den christlichen Gewerkschaften 11,3 und zu den Deutschen Gewerkschaften nur 2,5 Mitglieder. Das gleiche Bild der Ueberlegenheit bietet der ADGB bei der Betrachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit der drei Organisationsgruppen. Hierbei ist nicht allein die Größe der Summen maßgebend, da diese mitbestimmt wird von den Einnahmen, Ausgaben und Vermögen auf jedes Mitglied im Durchschnitt entfällt.

Es kommt auf jedes Mitglied	bei den		
	ADGB.	Christl. Gewerkschaften	Deutsh. Gewerkschaften
von der Gesamteinnahme	165,07	147,41	103,88
von der Beitragsentnahme	156,45	136,87	96,73
von der Gesamtausgabe	119,50	102,01	81,87
von dem Vermögen	96,36	84,82	38,48
von der Ausgabe für Unterstützungen einschließlich Rechtsschutz	21,81	15,24	5,31*
von der Ausgabe für Streiks und Gemäßigtenunterstützung	34,04	20,09	19,93

* Ohne die Ausgaben der Kranken- und Begräbniskassen.

Allerdings dürfen uns die gewaltigen Summen der Einnahmen und Ausgaben des ADGB nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Finanzkraft der Gewerkschaften, gemessen an den Klassenverhältnissen der Vorkriegszeit, stark geschwächt ist. Es muß mit aller Energie dahin gestrebt werden, die frühere finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften wieder zu erreichen. Gewiß, das große Heer der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bildet allein schon eine Macht, die bei wirtschaftlichen Kämpfen schwer in die Waagschale fällt, aber sie muß auch ihren Rückhalt finden in der Finanzkraft der Organisation, wenn sie allen Situationen sich gewachsen zeigen soll. Die Lebensbedingungen der Gewerkschaften wurzeln in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sie erzeugt die Triebkräfte für die Entwicklung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und bestimmt ihre Aufgaben und Ziele. Diese alte Erkenntnis gibt uns das Vertrauen zu den Gewerkschaften, daß sie trotz der inneren und äußeren Schwierigkeiten, mit denen das deutsche Volk zu kämpfen hat, auf dem Weg zur Macht vorwärts schreiten werden.

Valuta und Lebensversicherung.

Die Volksfürsorge schreibt uns folgendes: Unter dem Titel „Sinkender Wert der Versicherungen“ läuft durch die Arbeiterpresse zur Zeit ein Aufsatz, der sich mit dem bezeichneten Thema in eingehender Weise befaßt und zu dem Schlusse kommt, daß die früher mit Goldmark abgeschlossenen Versicherungen infolge der katastrophalen Entwertung unserer Mark ihren Zweck verfehlt hätten, so daß man ohne Uebertreibung behaupten könne, daß unser gesamtes Versicherungswesen auf einer Fiktion aufgebaut wäre. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß sich diese Entwertung der Mark bei den Lebensversicherungsgesellschaften zum Schaden der bei ihnen Versicherten besonders dadurch fühlbar mache, daß die Versicherungsgesellschaften auf Grund des Gesetzes gezwungen wären, ihre Kapitalien mündelicher, das heißt in bestimmten erstklassigen Anleihenpapieren und Hypotheken anzulegen. Wenn auch, meint der Verfasser, tatsächliche Kursverluste bei diesen Anlagen seit der Vorkriegszeit in nennenswertem Umfang kaum eingetreten seien, so sei das Anlagekapital, das in Gold eingezahlt sei, inzwischen gleichfalls zu Papiermark geworden und nehme da-

Der Schriftführer und die Zeitung.

II.
Eine der vorzüglichsten Pflichten des Schriftführers wird die Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Presse sein. Einmal mit dem Zentralorgan der Vereinigung: Gewerkschaftszeitung, Turn-, Gesang- und den verschiedenartigsten Sportzeitungen und andern Organen; dazu auch mit den örtlichen Tagesblättern oder dem Hauptorgan eines Kreises oder Bezirks. Will sich der Schriftführer hier von vornherein vor Enttäuschungen bewahren, so muß er berücksichtigen, daß die zentralen Verbandsorgane meist nur wöchentlich, manche noch seltener erscheinen, und daß ihrer Stärke — auch wenn der Papiermangel einst gänzlich behoben sein wird — gewisse Grenzen gesetzt sind; sehr oft schon wegen der Kostenfrage oder auch wegen technischer Schwierigkeiten in Herstellung und Versand. Der Schriftführer sollte sich also darauf beschränken, nur dann von Versammlungen Berichte einzuschicken, wenn in ihnen für den örtlichen Verein wichtige Angelegenheiten besprochen werden müßten, die auch für andere Vereine Wert haben. Oder wenn man über Gedanken und Anträge berichten kann, die die neue Gesichtspunkte für die Gesamtorganisation aufstellen und die man zur Debatte stellt. Vor Generalversammlungen oder bei wichtigen Vertretungen des Gesamtvereins soll der Schriftführer etwa abweichende Meinungen seines eigenen Vereins zum Ausdruck bringen, zustimmende nur, wenn es die Sachlage unbedingt erfordert, zum Beispiel dann, wenn sich in einer Organisation zwei ziemlich gleichstarke Ansichten über eine Frage gegenüberstehen. In diesen Verhältnissen muß alles Nebenächliche wegsinken.

Es ist ganz unnötig, anzugeben, daß die Versammlung vom Vorsitzenden, Genossen, Kollegen, oder Herrn Friedrich Karl Wichterich um 1/8 Uhr abends mit einer Begrüßungsansprache eröffnet wurde. Es ist unwichtig, zu berichten, daß das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen wurde, noch überflüssiger ist die Bemerkung, daß dagegen nichts eingewendet wurde. Wenn in der Versammlung zwei neue Mitglieder aufgenommen wurden, ist das gewiß erfreulich, aber darum braucht man den kostbaren Platz der Zeitung nicht zu mißbrauchen. Daß man dem Kassierer und dem gesamten Vorstand Entlastung ausspricht, wenn sie ihre Sache ordentlich und gewissenhaft verwaltet, gehört sich in der Versammlung. Aber der Raum der Zeitung braucht damit nicht belastet zu werden. Die Bekanntgabe der Tagesordnung mit ihren verschiedenen Punkten ist in der Versammlung unerlässlich, weil die Mitglieder gegen die Reihenfolge gewichtige Bedenken haben können oder sie noch ergänzen wollen, aber man braucht sie im Bericht für die Zeitung nicht aufzuführen. Kurz, alles, was in jeder der laufenden Versammlungen im Laufe des Jahres sich regelmäßig wiederholt, der ganze unwesentliche Formenkram, der im engsten Rahmen seine unbestreitbare Bedeutung für die Abwicklung der Geschäfte hat, das gehört in seinen Zeitungsbericht. Wo es noch üblich ist, sollte sich der gute Schriftführer davon freimachen, denn er gewinnt dadurch Platz für das Wichtigere, was zu sagen nötig ist. Diesen Standpunkt muß er seinen Mitgliedern gegenüber auch vertreten, und der einsichtige Teil wird ihm gern zustimmen.

Nicht sehr viel günstiger liegen die Verhältnisse in den örtlichen Tageszeitungen. Sie sind längst nicht mehr in der Lage, alle „gewöhnlichen“ Berichte der Vereine aufzunehmen. Ganz abgesehen davon, daß die politischen Artikel und die lokalen und provinziellen Ereignisse den Platz wegnehmen, hat die tägliche Zeitung auch Verpflichtungen gegen ihre Leser im Inseratenteil, der nicht nur eine geschäftliche Notwendigkeit für die Anzeigenden ist. Da ist denn bei der Menge der Vereine kein Platz für einfache Versammlungsberichte; sie aufzunehmen, soll man der Zeitung erst gar nicht zumuten. Dagegen wird die Zeitung gern und immer zur Verfügung stehen, wenn ein Verein der Unterstützung der weiten

Öffentlichkeit bedarf. Auch hier werden sich freilich die Redaktionen vorbehalten müssen, zu beurteilen, wie weit ein solches Interesse vorliegt und die Vereine unter Umständen auf den Angezeigenteil verweisen müssen. Damit wird der Schriftführer auf ein anderes Feld der Tätigkeit verwiesen. Die Abfassung der bezahlten Anzeige ist wieder eine besondere Aufgabe. Sie müssen auffallen in der Aufmachung sein, ihren Zweck kurz und treffend klarlegen und eindringlich zu den zu Gewinnenden und zu Lehrenden sprechen. Sie erfordern besondere Aufmerksamkeit und Umsicht bei der Abfassung, weil einmal keine fürsorgliche Redaktion fälschliche Fehler ausmerzt und weil Anzeigen sehr kostspielig sind. Ein guter Schriftführer kann seinem Verein also auch Geld ersparen.

Sachkunde. Ein Schriftführer, der seinem Verein wirklich nützen will, muß Sachkunde haben. Wer zum Beispiel seinem Nachorgan über Lohnbewegungen am Ort, über Rebellstände im Betrieb berichten will, der muß mit den Arbeitsbedingungen, mit den Tarifen in allen Einzelheiten vertraut sein und sich erst gewissenhaft unterrichten, ehe er die Feder ansetzt. Das Ansehen seiner Organisation ist in seine Hand gegeben. Mangelhaft muß er darauf bedacht sein, es nicht zu verlieren. Das geschieht aber, wenn ihm nachgewiesen werden kann, daß die Tatsachen anders sind, als er sie in seinem Bericht darstellte. Kritik kann nur wirksam sein, wenn sie wirklich vorhandene Mängel, die auch allein dem kritisierten zur Last fallen, sachlich behandelt. Sachlich heißt nicht trocken sein! Sachlichkeit und Lebendigkeit, ja leidenschaftliche Darstellung lassen sich sehr wohl in einem Bericht vereinigen.

Was hier für die Gewerkschaft gesagt wurde, trifft auch für andere Vereine zu. Der Schriftführer im Turnverein muß den ganzen Turnbetrieb in seiner Mannigfaltigkeit kennen, der Sportvereiner desgleichen und dazu natürlich alle Regeln und Bestimmungen der sportlichen Betätigung, der Samariter und der Sänger müssen auf ihrem Gebiet bewandert sein, der Schriftführer des Beamtenvereins muß Vorschriften und gesetzliche Bestimmungen kennen und der bei den Kriegsverletzten die Verordnungen und sonstige gesetzgeberische Maßnahmen, und so überall. Und wo er noch nicht im Bilde ist, muß er sich bemühen, es recht bald und möglichst umfassend und gründlich zu sein.

Der Schriftführer als Diplomat. Nawohl, das soll er auch sein! Diplomatie und Takt braucht er. Kaltblütiges Abwägen, Zurückhaltung, vorsichtiges und den Gegner überraschendes Vorgehen muß ihm geläufig sein. Nehmen wir den Schriftführer bei einer Lohnbewegung. Schweben die Verhandlungen noch, so wird er nur in besonderen, mit dem gesamten Vorstand zu beurteilenden Fällen in die Öffentlichkeit der Presse treten. Ist der Kampf ausgebrochen, so ist ebenfalls jede Notiz, jeder Artikel im Vorstand auf seine Wirkung und Tragweite zu prüfen, ehe er hinausgeht. In der Redaktion der Verbandszeitung wird man leicht Unzweckmäßiges ausschließen können, in den Redaktionen der Tageszeitungen ist das schwer gemacht, weil sie die besonderen Verhältnisse in den Verufen oder Betrieben nicht kennen. Der Schriftführer darf also nie auf eigene Faust handeln. Versteht er aber das unbeschränkte Vertrauen seiner Berufskollegen, lassen sie ihm freie Hand, so muß er dieses Vertrauen durch doppelte Vorsicht, durch erhöhtes Taktgefühl rechtfertigen.

Der gewerkschaftliche Schriftführer sollte auch nie aus den Augen lassen, daß jede Auseinandersetzung, jeder Kampf mit dem Gegner doch zu einem Ausgleich führen muß. Man legt die Arbeit nieder, um für die am Streik Beteiligten Vorteile zu erringen, nicht für andere. Dem Kampfe folgen Friedensverhandlungen. Sie sind um so leichter anzuknüpfen und zum guten Ende zu führen, je sachlicher, anständiger der Krieg geführt wurde. In der Regel siegen bei Lohnkämpfen doch auch immer nur die Stärkeren an Zusammenhalt und Geldmitteln, nicht aber die an großen, ruppigen Worten Leistungsfähigen. Die sogenannte öffentliche Meinung, die für eine Partei aufgeboden

wird, nützt keinen Deut, wenn die Kämpfenden schwach sind oder zur un rechten Zeit den Krieg beginnen. Ein Schriftführer und Berichterstatter, der das überblickt und der glaubt, mit Grobheiten und allerlei „Entfüllungen“ den Gegner moralisch — richtiger unmoralisch — niederzuringen, verschlechtert nur die Lage seiner Genossen, weil er Erbitterung schafft und die Luft erweitert. Das ist seine Aufgabe aber nicht.

Mensch.

Mensch sein heißt, Verantwortung haben, Verantwortung vor sich selber, Verantwortung vor der Mitwelt, Verantwortung vor der Zukunft. Für sich selber sorgt auch der Löwe mit eigener Kraft, gemeinsam ringen auch die Kraniche und die Gans und die Pelikane und viele andere Wesen der Tierwelt um die Existenz. Der Mensch soll mehr: er soll Mensch sein. Ein Glied des Ganzen und doch über dem Ganzen, indem er es erlebt, in sich fühlt und bewußt hinaufzwingt zu neuen Höhen.

Es ist etwas Wunderbares um das Menschsein. Die Tiere, die Pflanzen, alles andere Leben kennt nur die kleine Eigenexistenz. Der Mensch fühlt die Zusammenhänge. Er sieht das Große. Er empfindet den Sinn, der hinter dem Ganzen steht. Er ahnt das Neue, das aus diesem tausendgestalteten Sein und Her werden soll: die Befreiung der Seele, Menschentum.

Das allerheiligste Menschliche, dieses tiefinnerste des Herzens, es soll frei sein. Jubeln soll die Seele und in Freude soll sie umschlingen die Welt. In den Schwestern und Brüdern soll sie sich wiederfinden und aus der Schwester-Bruder-Mitwelt schöpfen die eigene Kraft und das eigene freie Glück.

Und das ist die große Verantwortung, die die Natur dem Menschen auferlegt: Ist er ein Glied solchen Wachstums? Erlebt er diese seine wahre Menschwürde? Kann er bestehen vor dem großen neuen Menschengeschlecht?

Gerade heute gilt es diese Pflicht zur Menschengröße zu bewahren. Wohl zehrt wie nie die Not, wohl gilt heute wie nie der Kampf fürs wirtschaftliche Recht. Doch letzten Endes soll immer noch frei sein das heiligste innere Ich. Ueber all dem Ringen und Kämpfen steht als höchstes proletarisches Glück ewig: der Mensch.

Ein Gespräch.

„Was sagst du da zu dem Manne?“
„Ich sagte ihm, daß er etwas schneller arbeiten solle.“
„Gibt du ein Recht, ihm zu befehlen?“
„Ich bezahle ihn dafür.“
„Wieviel bezahlst du ihm?“
„Sundert Mark den Tag.“
„Und wo nimmst du das Geld her, um ihn bezahlen zu können?“
„Ich verkaufe gehauene Steine.“
„Wer haut die Steine?“
„Das macht er.“
„Wieviel Steine haut er wohl den Tag über?“
„Nun, so allerhand wird es schon!“
„Wieviel bekommst du dafür?“
„Ungefähr fünfhundert Mark.“
„Aber, dann ist er ja, der dir hundert Mark dafür bezahlt, daß du umherpazierst und ihm schneller zu arbeiten befehlst.“
„Ja, aber mir gehören die Werkzeuge und die Maschinen.“
„Wie wurdest du der Eigentümer davon?“
„Ich verkaufte gehauene Steine.“
„Wer haute die Steine?“
„Still, du Satani!“

her an der Entwertung unseres Geldes hollen Anteil. SInzu käme, daß die Versicherungsgesellschaften, obgleich sie nicht wie andere wirtschaftliche Unternehmungen in der Lage wären, der Geldentwertung entsprechende höhere Einnahmen zu schaffen, an der rapiden Erhöhung der Verwaltungskosten voll Teil hätten, so daß sie rein rechnerisch in eine recht bedrängte Lage gekommen wären. Der Verfasser des Aufsatzes fordert dann, man solle rechtzeitig daran denken, die jetzt noch schaffenskräftige Generation in einer billigen neuen Weise für die Zeit des Alters und der Invalidität sicherzustellen und auch die unheilvollen Konsequenzen des Währungsverfalls für die augenblicklich darbedenden Rentenbezieher und sonstigen alten Leute zu mildern.

Unter der Feststellung, daß es nur zwei Arten von Kapitalien gäbe, die in den Strudel des Währungsverfalls nicht so sehr mit hineingerissen werden könnten, nämlich die Sachwerte und die menschliche Arbeitskraft, tritt er dafür ein, daß den Versicherungsgesellschaften das Recht gegeben werden müsse, ihre verfügbaren Kapitalien nicht mehr in Papieren anzulegen, die auf einen bestimmten Gelbwert lauten, sondern sie in Grund- und Bodenwerten und Produktionsmitteln zu investieren, daneben aber auch einen Teil des alljährlich fließenden Produktionsertrags für die Sicherstellung des Unterhalts der Alten und Invaliden zu verwenden. Die ungeheuren Summen, die heute z. B. von den Arbeitnehmern zum Zwecke der Alters- und Invalidenversicherung aufgebracht werden müßten, hätten vielleicht in wenigen Jahren schon wieder den größten Teil ihres heutigen Wertes eingebüßt und bildeten keinerlei Garantien mehr für die spätere Zukunft.

Zunächst muß festgestellt werden, daß man den heute Versicherten durchaus keinen positiven Dienst erweist, wenn man ihnen sagt, ihre früher abgeschlossenen Versicherungen besäßen heute überhaupt keinen Wert mehr, sie täten am besten, dadurch einen Strich zu machen. Wollte man diese Logik fortsetzen, so müßte man auch den Personen, die sich gegen Sachschaden, gegen Krankheit, gegen Unfall, gegen Haftpflicht versichern, aber unterlassen haben, ihre Versicherung den Zeitverhältnissen anzupassen, das heißt sie der Geldentwertung gemäß zu erhöhen, denselben Rat erteilen. Wenn wir der Frage gerecht werden wollen, so kommt es unferes Erachtens zunächst darauf an, ob man die soziale Bedeutung aller dieser Versicherungen auch heute noch anerkennt. Kommt man zu der Auffassung, daß sie gerade heute von ganz besonderem Werte sind, so kann man nicht zu allerlei zweifelhaften Auswegen raten, sondern man muß die einfache Forderung stellen, die heute jedermann stellt, der einigermaßen den veränderten Verhältnissen gewachsen sein möchte, nämlich: sich ihnen so gut wie möglich anzupassen. Was jeder gegen Feuer, Krankheit, Unfall, Haftpflicht versichert unternimmt, um sein Ziel, sich vor einem bestimmten Schaden materiell geschützt zu sehen, muß auch derjenige tun, der sich gegen die materiellen Folgen des Alters und des vorzeitigen Ablebens schützen will: Er muß seine Versicherungssumme zeitgemäß erhöhen.

Wenn der Verfasser weiter meint, daß die Versicherungsgesellschaften ihre verfügbaren Kapitalien in bestimmten Anleihepapieren und Hypotheken, die selbstverständlich auf einen bestimmten Geldwert lauten, angelegt hätten, so hat er darin ganz zweifellos recht. Er hat auch darin recht, daß die Versicherungsgesellschaften heute keinen leichten Stand haben, um der enormen Verwaltungskosten mit ihren Einnahmen Herr zu werden. Wir müssen auch zugeben, daß, wenn es möglich und ungefährlich wäre, den Versicherungsgesellschaften künftig das Recht zu geben, ihre Kapitalien in Grund- und Bodenwerten und Produktionsmitteln anzulegen, dieser Weg gegangen werden müßte. Aber wir behaupten, daß dieses neue Recht der Versicherungsgesellschaften sehr zweifelhaft wirken kann, denn es heißt nichts anderes, als diesen Institutionen das gefährliche Recht in die Hand zu geben, mit Müßiggeldern in Industrieaktien zu spekulieren. Diese Frage, die zweifellos nicht mit einer Handbewegung abgetan werden kann, bedarf jedenfalls eingehendster Prüfung und, wenn sie wirklich werden sollte, sehr vieler Kautelen, um nicht aus der beabsichtigten Wohltat eine Plage werden zu lassen. Da die Regelung dieser Angelegenheit aber nicht von heute auf morgen vor sich gehen kann, die Versicherungsgesellschaften aber über die schwere Zeit hinwegkommen müssen, wenn nicht ein volkswirtschaftlicher Schaden von unschätzbbarer Größe entstehen soll, so können wir heute wieder nichts anderes tun, als unseren Werbemännern zuzurufen: Veranlaßt die neu zu uns kommenden zu Abschlüssen mit zeitgemäßer Versicherungssumme und weist die bereits Versicherten, vor allen Dingen die mit kleinen Summen Versicherten, auf die Notwendigkeit hin, ihre zum Teil mit lächerlichen Summen bestehenden Versicherungen der Geldentwertung gemäß zu erhöhen. Wenn wir den Aufwand für eine Lebensversicherung gegenüber dem vermehrten Einkommen an Lohn und Gehalt in Vergleich setzen, dann darf man zweifellos mit einem hundertfachen Einkommen rechnen. Die Durchschnittsvericherungssumme von 1913 in Höhe von 250 M. verhundertsacht, ergäbe dann heute eine Durchschnittsvericherungssumme von 25 000 M.

Die Volksfürsorge plant, zu Ende dieses Jahres oder zu Anfang nächsten Jahres den alten Bestand mit den vielen kleinen Versicherungssummen in zeitgemäßer Weise zu reformieren, um sowohl den Versicherten als auch der Volksfürsorge selbst die Unterlage zu geben, sich den veränderten Zeit- und Geldverhältnissen entsprechend anzupassen. Sobald der Plan festere Gestalt angenommen haben wird, werden wir mit bestimmten Vorschlägen an unsere Organe herantreten und sie ersuchen, alles daranzusetzen, um dem Plan Wirklichkeit zu geben. Inzwischen wird es weiter Aufgabe unserer Werber bleiben müssen, für den Abschluß zeitgemäßer Versicherungssummen Sorge zu tragen.

Aus den Zahlstellen.

Neustift. Zu dem Bericht in Nr. 48 des „Steinarbeiter“ sendet uns die Firma Niederbayerische Schrotterwerke Neiger & Ceil, G. m. b. H., unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes nachstehende Berichtigung:

„Anfang Juli laufenden Jahres, zu Beginn der Ernte, verlangten die Tagelöhner im Werk Namering eine Stundenzulage über Tarif von 1 M., es wurde dabei ausdrücklich vereinbart, daß diese Zulage nur bis zur nächsten Lohnerhöhung Geltung haben soll gleich wie in Nachbarbetrieben. Wir müssen daher diese Angriffe als unwahr zurückweisen.“

Bezüglich des Krankengeldes anerkennen wir vollkommen, daß die Auslegung über den Abzug von unserer Betriebsleitung in Namering telephonisch irrig ausgefaßt wurde. Die Geschäftsführung in Neustift anordnete, daß diejenigen Arbeiter, welche in der Jahrsperiode nicht 80 Stunden erreichen (ausgenommenen Affordarbeiter), ferner ausgenommenen Regentage und Wochenfeiertage, ausdrücklich nur das Krankengeld für die nichtgearbeiteten Tage selbst zu bezahllen haben. Denn es ist sogar vorgekommen, daß Leute anderswo gegen Entgelt in Arbeit gingen, es kann uns doch unmöglich zugemutet werden, für diese Leute die Versicherung zu zahlen. Das wird und kann doch kein Mensch verlangen. Wir denken nicht daran, daß wir den Arbeitern für geleistete Arbeit das Unternehmerdrittel bezahllen lassen; sondern in diesem Fall nur die Ausfall-Stunden. Es handelt sich schließlich nicht um die paar Mark, sondern vielmehr um die Ordnung im Betrieb.

Ein weiterer Grund zur Arbeitsniederlegung war der, daß die sogenannten Afford-Planie-Steinhauer 40 Prozent über Tarif verlangten, was wir naturgemäß abgelehnt haben. Vorsichtigerweise haben die Arbeiter von dem im „Steinarbeiter“ nichts erwähnt.“

Die „Berichtigung“ bestätigt zum großen Teil den von uns kritisierten Vorgang in der Krankengeld-Abzugsberechnung. Nachdem nun aber zwischen der Firma und unseren Verbandsmitgliedern eine Verständigung erzielt wurde, so daß die Sperre laut Bekanntmachung in Nr. 45 aufgehoben werden konnte, erübrigt sich ein weiteres Eingehen auf die Nichtigstellung. Die niedere Entlohnung unserer Kollegen in Niederbayern, zu deren Verbesserung die dortigen Unternehmer stets nur unter größten Widerständen zu bewegen sind, zeitigen solche Erscheinungen wie vorstehend ausgeführt und zwingen unsere Kollegen, sich gegen Abzüge von einmal zugebilligten Verbesserungen energisch zu wehren. Auch den anderen Vorkommnissen kann nur entgegengewirkt werden, wenn

die Unternehmer den Arbeitern geben, was ihnen auf Grund der Teuerung gebührt.

Ramenz. Als ich die beiden Artikel von R. Meinicke und Wagner gelesen hatte, glaubte ich, daß die Kollegen aus allen Gauen Stellung dazu nehmen würden. Aber es läßt sich bis jetzt noch nichts hören. Oder haben sie davon abgelassen, weil Kollege Geist in seinem Artikel die Bremse so schnell anzog? Die Ausführungen der beiden erigenannten Kollegen sind sehr gut gemeint. Soll der Verband nicht Schäden leiden, so bleibt dem Vorstand weiter nichts übrig, als das Statut zu ändern. Denn die Karenzzeit ist in heutiger Zeit nicht mehr am Platze. Wenn auch Kollege Geist schreibt, bei dem heutigen Kampfesmut der Kollegen würde es nicht lange dauern, so wären die paar Mark zusammengegeldmolgen; das stimmt auch nicht! Denn ehe heute in einen Streik getreten wird, geht ja alles erst durch den Schlichtungsausschuß, und dann hat ja der Verbandsvorstand auch noch mitzureden, ob gestreikt wird. Kollege Geist schreibt weiter, daß viele Zahlstellen zu niedrige Beiträge aufgestellt haben. Das wird in Zukunft auch auf andere Zahlstellen übergreifen, wenn die Karenzzeit nicht abgeschafft wird. Denn bei jeder Beitragserhöhung wird gegen die Karenzzeit Sturm gelaufen, dem darum auf schnellstem Wege abgeholfen werden muß, ehe es zu spät wird. Auch muß die Streikunterstützung auf eine andere Grundlage gebracht werden, denn die Bewertung nach fünf Klassen ist heute nicht mehr angebracht, denn ich sehe auf dem Standpunkte, gleiche Rechte für alle! (Das gilt dann auch im Beitragszahllen! Red.) Ein Unterschied kann bestehen, und zwar bis zwei Jahre und für alle anderen nur eine gleiche Unterstützung. Auch die Erwerbslosenunterstützung muß besichtigt werden, denn dies ist Sache des Reiches. Darum, Verbandsvorstand und Verbandsausschuß, handelt schnell, ehe es zu spät wird! Besichtigt die Karenzzeit und schafft eine gleichmäßige Unterstützung! Dann wird jeder Kollege auch seinen Stundenlohn richtig abführen.

Grailsheim. Zur Beitragsleistung und Unterstützung. Die Teuerung in der ganzen Lebenshaltung, hervorgerufen durch die rasende Abwärtsbewegung der Mark, bedingt es, daß in der Beitragsleistung, sowie in der Unterstützung, auf raschem Wege eine Aenderung geschaffen wird. In der Beitragsleistung wurde vom Zentralvorstand eine Aenderung bereits getroffen; nur hat sie den Mangel, daß es den einzelnen Zahlstellen überlassen bleibt, ob sie einen monatlichen Wechsel vornehmen wollen oder nicht. Hier muß es einfach heißen: der Uebertritt in höhere Beitragsklassen hat alle Monate zu erfolgen. Nur so ist es möglich, daß ein einigermaßen ein Stundenlohn als Beitrag geleistet wird! Voraussetzung, die Beiträge in diesem Sinne auch einzulassen zu können, ist, daß die dreimonatige Karenzzeit zum Zwecke der Unterstützung sofort besichtigt und auf einen Monat beschränkt wird. Pflicht der Zahlstellenverwaltungen und des Zentralvorstandes ist es, alle Kräfte aufzubieten, um die daraus entstehende Mehrarbeit zu bewältigen. Ich bin der festen Ueberzeugung, wenn tatsächlich ein Stundenlohn als Beitrag geleistet wird, die Karenzzeit ohne finanzielle Bedenken auf einen Monat beschränkt werden kann. Die Verbandsratsdelegierten konnten eine solche ungeheure Geldentwertung ebensowenig voraussehen wie jeder andere Sterbliche; aber ich bin der Ueberzeugung, daß es bei Schaffung der gleichen Beitragsleistung der Delegierten Absicht war, den Verband den Zeitverhältnissen anzupassen, damit die Schlagfertigkeit stets erhalten bleibt. Eine Umfrage bei den Delegierten würde dies bestätigen. Nach den jetzigen statutarischen Bestimmungen ist dies leider nicht mehr der Fall. Mit einer Unterstützung, die in der höchsten Klasse der Mitgliederdauer kaum ein Zehntel des wirklichen, und dazu noch erbärmlichen Lohnes ausmacht, ist es einfach unmöglich, noch in einen ernstlichen Lohnkampf zu treten, wenn kein anderer Rückhalt vorhanden ist. Ein solcher Streik wäre im voraus verloren. Hier liegt des Pudels Kern, warum sich immer mehr Kollegen sträuben, einen Stundenlohn als Beitrag zu leisten. Die Kollegen sagen sich einfach, wenn wir in die Lage versetzt werden, Unterstützung zu leisten, dann hat dieselbe doch keinen Wert mehr. Außerdem begründen diese Kollegen ihren Widerstand mit dem Widerstand der Kollegen aus andern Zahlstellen. So ganz unrecht haben diese Kollegen nicht. Wenn sie nach einem Monat Karenzzeit die Unterstützung beanspruchen können, so bin ich auch der Auffassung, wie der Kollege Wagner (Ramenz), daß dann die Kollegen einen Beitrag, der auch wirklich einem Stundenlohn annähernd entspricht, auch lieber bezahllen. Aufgabe des Zentralvorstandes wird es sein, das Statut in dieser Hinsicht gründlich zu prüfen, und ich hoffe, daß er eine dementsprechende Entscheidung treffen wird. Wie in der Anmerkung zu dem Artikel in Nr. 41 des Kollegen Wagner (Ramenz), aus dem Bayerischen Walde ein Beispiel angeführt ist, so wäre zu befürchten, daß die Zahlstellenfunktionäre zur Unwahrscheinlichkeit gedrängt werden. Der Widerstand der Kollegen gegen die Beitragsleistung läßt sich nur eindämmen, wenn ihnen die Unterstützung auch schnellstens zuteil wird. Im Sinne meiner Anregungen wären monatliche Abschlagszahlungen nötig.

Breslau. Am 1. November 1922 fand im Gewerkschaftshause unsere gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Das Reichsmittelengesetz stand auf der Tagesordnung. Bevor in der eigentlichen Tagesordnung eingetreten wurde, mußten wir erst im Beisein des Obermeisters einen neuen Gesellensauschuß wählen. Der machte sich notwendig, weil die hiesigen Meister sich zu einer Zwangsvereinbarung zusammengeschlossen, von welcher sich die Herren wahrscheinlich viel versprochen. Dieser Akt war bald erledigt. Der Vertrag wurde beifällig aufgenommen und die Ausprüche war eine ergebige. Nun kam die so brennende Lohnfrage an die Reihe und hier hatten sich die Unternehmer uns gegenüber erlaubt, eine Heberumpelung zu vollziehen. Die Wachsamkeit des Vorstandes und der Lohnkommissionen machten der Angelegenheit ein vorzeitiges Ende und die Unternehmer mußten wohl oder übel sich dazu verstehen, die uns mit Recht zuzehende Induziffer ab 1. November 1922 reiflos zur Auszahlung zu bringen. Der Lohn der Steinarbeiter beträgt nun 138,80 M. ab 1. November 1922. Hilfsarbeiter 118,80 M. Das sein ersehnte Vorhaben der Unternehmer war von einem hiesigen Kollegen mitgeteilt worden und die nun mit vereinten Kräften versuchten, dieses in die Tat umzusetzen. Es ist jedoch gänzlich vorbelegungen. — Einige Unterstützungen wurden dann bewilligt. In der allgemeinen Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften politisch wie gewerkschaftlich auf der Hut sein müssen, um nicht eines schönen Tages vor vollendeten Tatsachen zu stehen. Nach der glatt erledigten Tagesordnung und doch reger Aussprache wurde die Versammlung beendet.

Weimar. Die von der Zahlstelle Weimar einberufene Bezirksversammlung war leider sehr schwach besucht. Vertreten waren nur fünf Zahlstellen (Cesurf, Eisenach, Jena, Saalfeld und Weimar) mit insgesamt 18 Kollegen, die Zentralleitung durch den 1. Vorsitzenden E. Windler. Als Gründe für die schwache Beteiligung mögen eines Teils finanzielle Schwierigkeiten, andern Teils „ungenügende Aufklärung“ im „Steinarbeiter“ gelten. Mißtrauen und Unzufriedenheit der Einberufenen mit der Zentralleitung in gewerkschaftlichen wie sozialen Fragen, sowie Stellungnahme zur Abhilfe dazu, war der Grund dieser Versammlung. Nach fünfviertelstündigem Vortrag des Kollegen Paul Garz (Weimar), in dem manches scharfe Wort gegen die Zentralleitung und deren öfteres Versagen fiel, suchte der Zentralvorstandsvorsitzende, in einer ebensolangen Gegenrede, verschiedenes zu widerlegen und verwies auf das Statut vom diesjährigen Verbandstage, an das sich jeder im Rahmen der Gewerkschaft Strebende zu halten habe. Der weitere Vortrag behandelte die großen, allgemeinen, sozialpolitischen Arbeiterfragen, wo unbedingt Politik gestreift werden mußte. Der nächste einstündige Vortrag des Kollegen Strauß (Saalfeld) als politischer Gegner, war eine Widerlegung der allgemeinen Arbeiterfragen, Bemängelung der gewerkschaftlichen Arbeit und Aufforderung, in Zukunft nicht so politisch einseitig, sondern allgemein zu arbeiten. Die Ausführungen der weiteren Kollegen behandelten im großen und ganzen dieselben Gesichtspunkte, und der Schluß führte dahin: Falls von der Zentralleitung nicht andere Wege eingeschlagen werden, die erforderlichen 10 000 Stimmen aufzubringen und einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Im allgemeinen wurde die einseitige Politik des Kollegen Sie-

bold, Schriftleitung unseres Blattes, schwer kritisiert. Der „Steinarbeiter“ darf unter keinen Umständen zur Kommunistenhebe verwandt werden. Zum Schluß wurde der bezügliche Zusammenschluß sowie ein eventueller Regierestarif angefochten. Kollege Paul Garz schlug vor, die Vorarbeiten zu leisten und im „Steinarbeiter“ zu veröffentlichen. — Nach sechsstündiger, ununterbrochener Diskussion — Kollege Windler hatte das Schlusswort, in dem er unter anderem ausführte, es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um das bestehende Mißtrauen zu beseitigen und allen Teilen gerecht zu werden — ging man zur allgemeinen Aussprache über. Ein definitiver Beschluß konnte wegen der geringen Beteiligung nicht gefaßt werden.

Duisburg. Die am 20. Oktober tagende Versammlung im Lokale „Alter Friß“, hatte folgende Tagesordnung zu erledigen: Rassenbericht, Festlegung der Monatsversammlungen, verschiedenes. Nachdem die Redatoren die Ordnung der Rasse und Bücher bestätigt hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Monatsversammlung wurde für jeden ersten Sonntag im Monat festgelegt; für unentgeltliche Fernbesuche wurde von der Versammlung eine Ordnungsstrafe von 50 M. einstimmig beschlossen. Hierauf entspann sich eine lebhaftige Debatte über die äußerst ungünstige Wirtschaftslage der Arbeiter. Die Aussprache zeitigte eine Resolution, der man einstimmig zustimmte. Auf das schärfste wurden die Steuerabgaben, die auf die Schultern des Arbeiters gebürdet wurden, verurteilt, und durchaus nicht mehr im Einklang mit den Verhältnissen steht. Im Jahre 1921, wo wir weniger Steuern zu zahlen hatten, konnte man doppelt soviel Ware für unsern Lohn kaufen wie heute, wo wir 4- bis 5mal soviel Steuern abblenden müssen. Werbungskosten, die doch bare Ausgaben sind, wurden um das zweifache erhöht, in Wirklichkeit betragen die Ausgaben das 6-7fache. Die Versammelten fordern einstimmig eine strikte Durchführung unserer berechtigten Forderungen und beauftragen ihre Organisationsleitung, dazu geeignete Maßnahmen schnellstens einzuleiten, bevor das Elend die Arbeiter zur Verzweiflung treibt.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(W. W. W.) Die Verhandlungen zwischen der Reparationskommission und der Reichsregierung haben durch die Ueberreichung der von ausländischen Sachverständigen ausgearbeiteten Denkschriften vorläufig einen gewissen Abschluß gefunden. Diese Sachverständigen, die in der ganzen Welt einen großen Ruf genießen, haben übereinstimmend festgestellt, daß Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Mark unverzüglich getroffen werden müssen, um Deutschland vor dem drohenden völligen Zusammenbruch zu retten. Die erste Voraussetzung einer solchen Stützungsaktion sei ein Zahlungsausschuß von mindestens zwei Jahren und die Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Handel, namentlich in bezug auf das Recht, Zölle von der Zugszufuhr zu erheben, und für die Ausfuhr die Meißbegünstigung zu fordern. Die Initiative müsse aber von Deutschland selbst ausgehen, dann werde auch nach einer gewissen Zeit auf die Mitarbeit ausländischer Arbeitgeber zu rechnen sein. Dieser Hinweis der Sachverständigen sollte bei uns ganz besondere Beachtung finden. Es hatte sich in den letzten Monaten in Deutschland — ähnlich wie in Oesterreich — bereits eine Stimmung verbreitet, die alles Heil von der Hilfe des Auslandes eröffnete. Man wollte nicht glauben, daß die zivilisierte Welt untätig bleiben könne gegenüber dem wirtschaftlichen Verfall eines hochkultivierten großen Volkes. In dieser Hinsicht muß die Denkschrift der ausländischen Sachverständigen bei uns erwidert werden. Es ist leider nicht zu leugnen, daß der Wirtschaft- und Finanzpolitik der Reichsregierung in neuerer Zeit klare Richtlinien und die notwendige Energie fehlen. Dieser Zustand wurde in weiten Schichten des deutschen Volkes bereits recht peinlich empfunden und es ist sehr wertvoll, daß unparteiische ausländische Beobachter und Kenner deutscher Verhältnisse auf diesen Punkt besonders aufmerksam machen. Die Stabilisierung des Markfusses hängt — abgesehen von der entsprechenden Lösung der Reparationsfrage — in erster Linie von unserer eigenen Finanz- und Wirtschaftspolitik ab. Nur wenn wir auf diesem Gebiete wirkliche Tatkraft zeigen, wird das Ausland wieder Vertrauen zu unserer Wirtschaft und unserem Geldwesen gewinnen. Selbst wenn diese aktive Wirtschaftspolitik hier und da fehlerhaft wäre, würde sie doch ein größeres Maß von Vertrauen im eigenen Volke und im Auslande erzeugen als das jetzige System des Labierens. Bisher hat die Reichsregierung nur allzuwenig eigene Initiative gezeigt und zu großes Gewicht auf die Meinungsäußerungen inländischer Sachverständiger, die in der Regel ihren Interessensstandpunkt vertreten, gelegt. Hierdurch kam ein unheilvoller Fehlschuß zustande, der schließlich alle Volksteile verärgerte und nirgends wirkliche positive Ergebnisse zeitigte. Die ausländischen Sachverständigen haben ferner mit Recht auf die verhängnisvolle Wirkung der Lieferung von Reparationskohle und der entsprechend großen Einfuhr von Kohle aus valutastarken Ländern nach Deutschland hingewiesen. Dieser Zustand bildet tatsächlich einen der schwersten Krebsgeschäden am deutschen Wirtschaftskörper. Das wirtschaftlich unrationelle Hin- und Herfahren von Reparations- und Auslandskohle verhängt Unsummen und belastet die Zahlungsbilanz in ungeheurer Weise. Die Herstellungskosten der deutschen Industrie werden durch diesen Vorgang, soweit die Kohlenversorgung in Frage kommt, noch über dem Niveau der ausländischen Konkurrenz gehalten. Das bedeutet eine starke Einengung unserer Wettbewerbsfähigkeit und einen ständigen Druck auf das Lohnniveau der deutschen Arbeiterschaft. Je mehr Kohle und Eisen sich durch diesen Zustand verteuern, um so geringer wird die Möglichkeit, die Löhne der Teuerung anzupassen. Der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie flaut aus diesen Ursachen immer mehr ab. Die Reichsregierung sollte deshalb die Kohlenfrage ganz besondere Aufmerksamkeit schenken, denn sie bildet eins der Grundprobleme der Marktstabilisierung.

Der Kapitalbedarf der Hochstoffindustrien. In dem Maße wie die Geldentwertung fortschritt, hat sich das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Geldumlauf bei den industriellen Unternehmungen Deutschlands zuungunsten des ersteren verändert. Die Betriebsmittel reichen in den meisten Fällen nicht mehr aus, um den Umsatz auf einer der Produktionsfähigkeit entsprechenden Höhe zu halten. Es kommt hinzu, daß viele Unternehmungen einen beträchtlichen Teil ihres Betriebskapitals in ausländischen Zahlungsmitteln angelegt haben, sei es zur Sicherung der Hochstoffversorgung, sei es zum Schutze gegen die Markentwertung oder auch zu rein spekulativen Zwecken. Die Industrie sieht sich deshalb genötigt, zur Dedung ihres ungeheuren Kapitalbedarfes fortgesetzt neue Aktien und Obligationen auszugeben. Die wachsende Teuerung hat jedoch in der Nachkriegszeit die Neubildung von Produktivkapital sehr erschwert, so daß die Ansprüche der Industrie nur unter großen Schwierigkeiten befriedigt werden können. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres wurden nach einer Statistik des Berliner Bankhauses Schmarz, Goldschmidt & Co. von den Aktiengesellschaften Deutschlands insgesamt junge Aktien und Obligationen im Nennwerte von 29,69 Milliarden Mark ausgegeben gegen 13,93 Milliarden Mark im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Die Preispolitik der Hochstoffindustrien. Aus Kreisen der Fertigungsindustrien kommen seit einiger Zeit lebhaftige Klagen über die Preispolitik der Hochstoffindustrie, die daran schuld sein soll, daß die deutschen Gesteinskosten hier und da über den Weltmarktpreisen liegen. Tatsächlich haben ja die in kurzer Zeit aufeinanderfolgenden Erhöhungen der Kohlen- und Eisenpreise stets eine entsprechende Verteuerung der Halb- und Fertigerzeugnisse der gesamten Industrie nach sich gezogen. Man sollte jedoch vor Abgabe eines Urteils über die Wechselwirkungen auf diesem Gebiete die Ursachen der Verteuerung etwas genauer untersuchen. Es zeigt sich nämlich die gewiß bemerkenswerte Tatsache, daß die Verbände der Fertigungsindustrie ihre Preise weit häufiger verändern als die Hochstoffindustrie, vor allem als der Kohlenbergbau. Man kann beobachten, daß die-

